

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 17 40. Jahrg.

29. April 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluss: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion.

Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Postverlagsort Schkeuditz.

Freies Volk der freien Erde.

Mai, du Licht aus tausend Wunderdalen,
Die die auferstandene Erde trägt:
Wir, mit unferen dunklen Wundenmalen,
Volk der Erde, frühlingsturmbewegt.

Richten heut in dir Altäre
Auf der arbeitsfrohen Friedlichkeit,
Voller Hoffnung, daß sich Haß und Leid verkläre
In den lichten Mai der brüderlichen Zeit.

Keine Ketten, keine blutigen Waffen,
Keine haßverwirrten Worte klirren mehr.
Starkes, brüderlich vereintes Schaffen
Bridt am besten Knechtschaft und Gewehr.

Weithin grünen schon die Saaten,
Windbewegt im lichterfüllten Strahl.
Die Erde harret unsern guten Taten,
Die Erde will nicht ihres Volkes Qual.

Für uns schmückt sich die Erde bunt und glühend;
Ihr schönster Schmuck: Ein freies Menschenange-sicht!
Und wenn wir wollen, werden Trümmer blühend,
Und alles Menschenleid zerbricht.

Es wachsen stärker unsrer Sehnsucht Schwingen.
Die freie Erde liebt ein frei Geschlecht.
Wir wollen nicht allein von Freiheit singen,
Wir sind die Freiheit, sind das Recht!

Es wächst aus unferen Herzen, unferen Hirnen
Die Erde, die nur einem freien Volk gehört.
Volk, das mit brüderlich bekränzten Stirnen
Und engverwachsenen Händen, was es trennt, zerfört!

Gutes zu erwarten. Wichtige sozialpolitische Gesetze liegen zur Verabschiedung aber vor. Wir nennen nur: Notgesetz über den Achtstundentag, Arbeiterschutz-Gesetz,

Purpurrote Fahnen flattern im Morgenwind.
Menschen, denen die Arbeit des Kapitalismus Leid ins Gesicht geschnitten hat, drängen nicht ihren täglichen Weg zur Fronde. Schallt da nicht von ferne aus jungen Kehlen das Freiheitslied: Wir sind die junge Garde der freiheitsfrohen Zeit? Es ist doch auch Maitag, Maitag der Arbeit, Weltfeiertag der Arbeit, 1. Mai!

Seit 37 Jahren begeht die klassenbewußte Arbeiterschaft ihren Maitag. Durch Demonstrationen und andere Kundgebungen ruft sie die noch fern von ihr stehenden Klassengenossen auf, einzutreten in Reih und Glied und mitzuwirken für Völkerfrieden, Völkerfreiheit, Arbeiterschutz, Achtstundentag und Sozialismus. Der 1. Mai ist zugleich Heerschau der Überzeugten, um zu prüfen was zu tun ist, diesem Ziele näher zu kommen.

Leider ist nur noch zu viel zu tun, ehe diese Ziele erreicht sind. Trotz des großen, blutigen Völkerringens, das Millionen lebensfrohen Menschen ein schnelles Lebensziel setzte, ist der Völkerfrieden noch lange nicht gesichert. Ja, mit Recht muß leider gesagt werden, daß die weltpolitische Situation selten so kritisch war wie jetzt. Im fernen Asien brodelt und gärt es, reißen hunderte von Millionen an ihren Ketten. Das chinesische Volk rafft sich auf, die Armut von sich zu schütteln. Die nationale Befreiung ist damit untrennbar verbunden. Die alten imperialistischen Mächte, denen China ein geeignetes Ausbeutungsobjekt ist, sind natürlich dieser nationalen Befreiung gegensätzlich. Allerlei Vorkehrungen sind deshalb von ihnen getroffen, mit Waffengewalt in diesen sozialen Kampf einzugreifen. Die Folgen eines Gewalteingriffes sind keinesfalls abzusehen. Selbstverständlich steht die klassenbewußte Arbeiterschaft zu den Chinesen und gegen den Imperialismus. — Kriegerische Stimmung herrscht auch am Mittelmeer. Infant terrible Mussolini will König des Mittelmeers sein. Jetzt streckt er seine unsauberen Finger nach Albanien aus. Jugoslawien ist sein Antipode. Ein Keil treibt den andern, und ehe man sich versehen wird, hat der Faschismus ein Feuer angezündet. Dieweil berät der Völkerbund über Kriegsabrüstung und kommt zu keinem Ergebnis. Schöne Erklärungen sind zwar von den einzelnen Länderregierungen für die Abrüstung abgegeben worden, aber an solche Erklärungen stößt Moloch Krieg sich bekanntlich nicht. Da müssen schon realere Gegenkräfte eingesetzt werden. Solange die für Völkerfrieden eintretende Arbeiterklasse nicht die politische Macht in Händen hält, wird der Frieden der Völker stets bedroht sein. Der Maitag der Arbeit muß deshalb nicht nur nachdrücklich den Völkerfrieden betonen, sondern auch entschieden den Willen der Arbeiterklasse zur politischen Macht bekunden.

Innenpolitisch liegen die Dinge ähnlich wie außenpolitisch. In Deutschland regiert der Bürgerblock von Marx bis Westarp. Das heißt Reaktion auf der ganzen Linie. Sozialpolitisch hat die deutsche Arbeiterschaft unter der Herrschaft des Bürgerblocks nichts

Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten, das Berufsausbildungsgesetz, die Schulgesetzgebung und einige andere Gesetze. Daneben liegen andere wichtige Materien für die gesetzliche Regelung vor. Die Gestaltung des Notgesetzes über die Arbeitszeit durch das Bürgerblockkabinett zeigt deutlich an, was der Arbeiterschaft blühen wird.

Daneben läuft noch die wirtschaftspolitische Reaktion. Die Wirtschaft, deren angebliche autoritäre Vertreter über die schlechte Lage Stein und Bein jammern, hat sich in eine gute Position geschwungen. Mit Staunen hat die außerdeutsche Industrie gesehen, wie es in Deutschland aufwärts ging. Zum Teil direkt glänzende Gewinne hat die deutsche Warenerzeugung im vergangenen Jahre eingesackt. Die Rationalisierung war die Henne, die der deutschen Industrie goldene Eier legte. Von Ermäßigung der Warenpreise war natürlich keine Spur. Dafür ist riesige Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft beschert worden. Noch immer warten mehr als 1½ Millionen Menschen auf Arbeit. Deren Existenz an der Peripherie des Lebens zu sichern, lehnt das menschenfreundliche Unternehmertum selbstverständlich ab. Lange Arbeitszeit und karger Lohn ist ihr eigennütziges Rezept zur Behebung der Wirtschaftskrisis bei steigenden Preisen für den notwendigen Lebensbedarf.

Natürlich huldigen auch unsere Unternehmer dieser unsinnigen Theorie und lehnen trotz Preissteigerungen mit dem Hinweis auf den Leistungslohn jede gemeinschaftlich geforderte Lohnzulage ab. Sie tun, als wenn die Lohnzahl irgend welche Bedeutung für die Kollegenschaft hätte. Dem gegenüber sei festgestellt, daß nur die Kaufkraft des Leistungslohnes das Wertmaß der Kollegen für den Lohn ist. Davon kann und darf die Kollegenschaft nicht abgehen! Können die Unternehmer sich nicht dazu aufschwingen, dieses Wertmaß bei Bemessung des Leistungslohnes gelten zu lassen, sind eben Erschütterungen des Gewerbes nicht zu vermeiden. Die Kollegenschaft lebt nicht um zu arbeiten, sondern arbeitet um zu leben. Wird ihr eine unzulängliche Lebensführung zugemutet, kann sie auch nur unzulängliche Gegenleistungen geben. Das muß jedem vernünftigen Menschen geläufig sein.

So zeigt der Maitag der Arbeit kein erfreuliches Bild. Und doch könnte es im Fluge wesentlich besser werden. Die Arbeiterschaft brauchte nur einig und geschlossen zusammen zu stehen und — vieles wäre getan. Freilich, noch könnte nicht vom freien Volk auf freier Erde geredet werden. Das bringt erst der Sozialismus. Nicht zu erlahmen, dem Ziele des Sozialismus zuzustreben, sei unser Maigelohn, das von allen Kollegen abgelegt werden möge. Wird dieser Wille Leitmotiv alles Handelns aller klassenbewußten Arbeiter, dann kommt doch die Zeit, wo über dem Maitag der Arbeit leuchtend thront: *Freies Volk der freien Erde.*

Maiprotest gegen die Reaktion!

Arbeiter! Angestellte!

In diesem Jahre fällt der 1. Mai in eine Zeit, in der es notwendiger ist als je, für die Forderungen einzutreten, für die die Arbeiter aller Länder seit Jahrzehnten an diesem Tage demonstrieren.

Weltenfriede und Völkerverständigung, Ausbau des Arbeiterschutzes, insbesondere die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, das sind die Punkte, für die wir am 1. Mai stets unsere Stimme erhoben haben.

Es hat zeitweilig geschienen, als sei es nicht mehr so notwendig wie vordem, für diese Forderungen einzutreten. Das waren die ersten Jahre nach dem Weltkrieg, wo dessen blutige Lehren noch nachwirkten. Diese sind heute in weiten Kreisen wieder vergessen worden. Reaktion und Faschismus erheben ihr Haupt, und wenn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die Arbeiterbewegung nicht stärker wären, würde das nationalistische Landsknechtstum überall triumphieren. Das hieße, die Fackel des Weltkrieges erneut zwischen die Völker schleudern.

Und überall, wo die Reaktion herrscht, bedeutet sie Unterdrückung der Massen und Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Bei uns in Deutschland ist die Arbeiterbewegung zu stark und damit die Hemmnisse zu groß, als daß die Reaktion es wagen könnte, sich ausleben zu wollen. Aber auch bei uns heißt es, auf dem Posten zu sein. Der vom Reichspräsidenten gewollte Besitz-

bürgerblock regiert. Und wenn er auch notgedrungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Verständigungspolitik treibt, so versucht er doch zugleich auf dem Gebiete der Innenpolitik das Rad rückwärts zu drehen.

Das zeigen mit aller Deutlichkeit die Verhandlungen des Reichstages in den letzten Wochen, als es galt, durch das Arbeitszeitnotgesetz den Achtstundentag zu sichern und die Versprechungen der Regierungserklärung über den Ausbau der Sozialpolitik wahr zu machen.

Der Achtstundentag ist nicht gesichert worden und von allen Posten des Etats waren es nur die sozialpolitischen, die Abstriche erfahren mußten.

So tritt an die Stelle des Arbeiterschutzes der Schutz der Unternehmer.

So sehen die Zeichen der Zeit aus. Das muß alle Arbeitenden mahnen, fest zusammenzustehen, zur Wahrung ihrer Interessen.

Und das muß am 1. Mai zum Ausdruck kommen in der Beteiligung an dem Aufmarsch der Arbeiterschaft.

Arbeiter, Angestellte! Demonstriert am 1. Mai!

Es handelt sich um die Vertretung hoher Ideale und praktischer Ziele.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Lohn und Preis.

Die Lebenshaltung eines Arbeiters wird in erster Linie bestimmt von der Kaufkraft seines Lohnes. Diese wiederum hängt ab von der nominalen Höhe des Lohnes und dem Preise aller der Waren, die im Arbeiterhaushalt gebraucht werden. Die Gewerkschaften als die vornehmlich wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft wenden deshalb beiden Teilen, dem Lohn wie auch der Preisgestaltung ihr volles Augenmerk zu.

Wir beginnen unsere Betrachtung beim letzten, dem Preise, und werfen die Frage auf, ob in absehbarer Zeit eine Kaufkraftstärkung durch Preisenkungen möglich und wahrscheinlich ist. Möglich schon, denn seit ungefähr ein bis zwei Jahren ist in den meisten Industriezweigen eine wesentliche Senkung der Herstellungskosten eingetreten. Einmal durch vermehrte Maschinenanwendung. Jeder Kollege, in welchem Betriebe er auch arbeitet, wird bestätigen können, daß kaum jemals das Bestreben, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen, so stark und erfolgreich durchgeführt wurde, wie in den letzten Jahren und Monaten. Selbst im Bergbau, wo doch der Maschinenanwendung durch die Art der Arbeit gewisse Grenzen gesetzt sind, werden heute beispielsweise in Rheinland-Westfalen über 50 Proz. der Förderung durch Maschinenarbeit gewonnen gegen nur etwa 5 Proz. im Jahre 1913. In der weiterverarbeitenden Industrie sind die Ergebnisse noch größer, doch fehlen hier für die meisten Gewerbegebiete genauere Angaben.

Auch auf betriebs- und wirtschaftsorganisatorischem Gebiete haben viele Neuerungen Platz gefunden, die bedeutende Unkostenersparnisse und damit Produktionsverbilligungen zur Folge hatten. Die Fließarbeit, die lückenlose Folge von Arbeitsgängen, hat, wie erst die letzte Kundgebung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit beweist, stark an Boden gewonnen. Vermeidbare Transportwege kommen immer mehr in Wegfall und natürliche Energien, wie die Schwerkraft der Erde, zu verstärkter Ausnutzung. Vom Maternaaustausch im Druckereigewerbe bis zum Zusammenschluß riesiger Unternehmungen zu einem Großkonzern — der Zweck, und wie größtenteils festgestellt werden darf, auch der Erfolg, ist immer der gleiche — Senkung des Erzeugerpreises.

Möglich wäre demnach auch eine Senkung der Preise für den Verbraucher. Wahrscheinlich aber ist diese ganz und gar nicht. Die Zeiten der freien Konkurrenz sind für den einzelnen Unternehmer vorbei. Selten einer hat noch die Macht und den Willen, seine Preise nach eigener Kalkulation festzusetzen. Das geschieht heute in überwiegendem Maße im Kartell. Und von diesem aus ist mit Preisnachteilen nicht zu rechnen, da hier die Preispolitik von den Rücksichten auf den am teuersten arbeitenden Betrieb diktiert wird. Die Auswirkungen dieses Zustandes müssen wir uns einmal vor Augen halten. Die meisten Unternehmungen kommen dadurch wenigstens vorerst zu einer gewissen Blüte. Sie können mehr als bisher mit eigenem Gelde arbeiten und den teuren Bankkredit mehr und mehr entbehren. Die Börse reagiert darauf, indem sie die Unternehmen günstig bewertet, was sich in gewaltigen Kurssteigerungen äußert.

Auch für die Gesamtwirtschaft erscheinen die Folgen oberflächlich betrachtet, günstige zu sein.

Auf dem Auslandsmarkte kann der fremde Lieferant leichter unterboten und somit erweiterte Absatzmöglichkeit geschaffen werden. Dort zieht der Kunde als lachender Dritter aus dem Kampfe den Gewinn.

Die Auslandskundschaft aber macht nur einen ganz kleinen Teil der Gesamtabnehmerschaft aus. Ihr Gros ist im Inlande und auf dieses kommt es an. Wie aber soll hier eine Belebung eintreten, wenn Preisenkungen durchaus unwahrscheinlich sind? Zum Ausgangspunkte unserer Betrachtungen zurück. Wenn eine Kaufkraftstärkung und damit die Belebung der gesamten Wirtschaft von Seite der Preise her unmöglich erscheint, muß der andere Weg gewählt werden, die Lohnerhöhung. Höhere Löhne kann, wie oben schon bewiesen worden ist, die deutsche Wirtschaft tragen. Sie werden ihr selbst nur zum Nutzen reichen. Aber es gibt nur Ausnahmen unter den deutschen Unternehmen, die sich dieser Einsicht nicht verschließen. Allen anderen muß sie aufgezwungen werden durch gewerkschaftlichen Kampf um Lohnverbesserungen. Den Erfolg aber garantiert nicht allein das Ziel als gute Sache, sondern in erster Linie auch hier das Stärkeverhältnis der Gewerkschaften.

Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hält ihre diesjährige Jahres-Hauptversammlung Ende September in Hamburg ab. Die Hauptverhandlungspunkte beschäftigen sich diesmal mit der Beleuchtungshygiene. Es werden die Fragen der Gesundheitsschädigungen durch schlechte Beleuchtung besprochen und die technisch hygienischen Anforderungen an eine gute und zweckentsprechende Beleuchtung für alle Industrie- und Arbeitsstätten propagiert werden. Von anerkannten und führenden Hygienikern und Technikern werden fünf Hauptreferate gehalten, denen sich die Unterreferate für besondere Verhältnisse und eine allgemeine Diskussion anschließen.

Der zweite Hauptverhandlungspunkt wird die Hygienefragen für Hafen-, Werft- und Heizpersonale behandeln, wozu von Universitätsprofessoren, Oberärzten und Gewerberäten vier Hauptreferate vorgesehen sind und ebenfalls eine allgemeine Debatte folgen wird. Unterreferate werden dazu bei Besichtigung großer Arbeitsstätten gehalten werden.

An diese Hauptberatungsgegenstände schließen sich eine Reihe kurzer Referate über neue Beobachtungen und Originalarbeiten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene an, wobei Wissenschaft und Praxis zur Klärung hygienischer Bedürfnisse für den Gesundheitsschutz der Arbeiter Hand in Hand wirken. Seit die Gesellschaft für Gewerbehygiene ihre wissenschaftlich untersuchende und technisch fördernde Tätigkeit ausübt, wird dem Gesundheitsschutz der Arbeiter in viel gewisserhafter Weise Rechnung getragen als früher. Mit den Jahren müssen sich dadurch für die Hygiene der Arbeit anscheinliche Erfolge herausstellen.

Hiermit im Zusammenhang ersuchen wir unsere Mitgliedschaftsverwaltungen, etwaige neue Erfahrungen und Erkenntnisse auf dem Gebiete der Berufsekzeme an den Kollegen P. Leinen im Vorstandsvorstand zu berichten. Insbesondere

kommt es darauf an zu erfahren, ob sich Ekzem-Krankheiten und durch diese vorgekommene Erwerbsunfähigkeiten vermehrt haben. Es ist wichtig insbesondere zu berichten, ob zu den schon bekannten Erregern der Ekzem-Erkrankungen in unsern Gewerben neue Erreger hinzugekommen sind und ob sich Fälle mehren, in denen immer wiederholte Ekzem-Krankheiten zur Aufgabe des Berufes zwingen. Aus den in den Mitgliedschaften geführten Krankenjournalen und aus freiem Wissen der Verbandsfunktionäre werden sich zweckdienliche Berichte ergeben, um deren Erstattung an den Kollegen Leinen dringend gebeten wird.

Arbeitsgerichtsgesetz und Tarifvertrag.

Das am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tretende Arbeitsgerichtsgesetz (AGG.) bringt Bestimmungen über die Schiedsgerichte, die für den zu erwartenden Neuabschluß des Tarifvertrages, nach der jetzt erfolgten Kündigung von Seiten der Unternehmer ein besonderes Interesse beanspruchen und für die Kollegen ein besonderes Gewicht bekommen, wenn man sich der Auswirkungen der Bestimmungen voll und ganz bewußt wird. Nach dem § 4 des Arbeitsgerichtsgesetzes kann die Arbeitsgerichtsbarkeit durch Vereinbarungen im Tarifvertrage ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, für die im § 2 Nr. 1—4 angegebenen Urteilsverfahren. Durch die zu vereinbarende Übertragung der Rechte der Arbeitsgerichtsbehörden an die zu bildende Schiedsgerichte ergibt sich eine starke Ausweitung der Kompetenzen der Schiedsgerichte, die nicht hundertprozentig zum Vorteil der Kollegen sind, oder sein werden.

Das Schiedsgericht bekommt dann nicht nur alle aus dem Tarifvertrage herrührenden Rechtsstreitigkeiten zugewiesen, sondern

1. Sämtliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem kollektiven Arbeitsrecht ergeben; z. B. Streitigkeiten der Tarifvertragsparteien untereinander wegen Verletzung der im Tarifvertrage vorgesehenen Friedenspflicht, ob absolute oder relative bleibt sich gleich, da dies nur für die Urteilsfällung strafverhärkend wirkt, aber auch Klagen eines Arbeitgebers gegen die Gewerkschaft, oder eines Arbeiters gegen den Arbeitnehmerverband, wegen Verletzung der Friedenspflicht oder den zwischen den Tarifvertragsparteien gemachten Vereinbarungen. Handlungen der Streikposten, die unter die Begriffe der unerlaubten Handlungen des Bürgerlichen Gesetzbuches fallen (Paragraphen 823—826 BGB.), müßten dann ebenso von den Schiedsgerichten verhandelt werden.

2. Alle Fälle, die sich aus dem individuellen Arbeitsrecht ergeben. Die Streitfragen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, aus dem Arbeitsverhältnis überhaupt, wie auch aus dem Lehrverhältnis, das hier vernünftigerweise dem Arbeitsverhältnis gleichgestellt worden ist, unerlaubte Handlungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, soweit sie mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhange stehen, z. B. Beschädigung oder nachlässige Wartung einer zugewiesenen Maschine, Widerruf eines Arbeitgebers für die Annahme eines schon bestimmt in Aussicht genommenen Lehrlings.

3. Alle Streitigkeiten der Arbeiter untereinander. Die innerhalb der Belegschaft zutage tre-

tenden Streitigkeiten in der gemeinsamen Arbeit, z. B. Differenzen im Gruppenakkord oder in der Bedienung einer Maschine in Schichtarbeiten, aber auch Täglichkeiten, Eigentumsvergehen, Sittlichkeitsverfehlungen kämen vor das Schiedsgericht. Ebenso Streitigkeiten der Belegschaft mit einem Mitgliede des Betriebsrates, Unfähigkeit desselben oder andere Gründe können zu einer Austragung vor dem Schiedsgerichte führen.

4. Alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Einsprüche des Arbeiters gegen ungerechtfertigte Kündigung, und der Weiterführung des Einspruches durch den Betriebsrat nach den Paragraphen 86, 87 des BRG. ergeben finden ihre Erledigung vor dem Schiedsgericht.

Daß die Überweisung dieser Art von Streitigkeiten an das tariflich vereinbarte Schiedsgericht eine ungetrübte Freude in demselben nie hervorrufen wird, ist wohl ohne weiteres, und daß es zu einer Gefahr des Schiedsgerichtsdankens überhaupt werden kann, ist stark anzunehmen. Die Bearbeitung der angeführten Fälle setzt eine gründliche Beherrschung des gesamten Rechtsgebietes voraus, die, bei aller Wertschätzung der im Schiedsgericht Tätigen keine Deckung finden wird.

Das vereinbarte Schiedsgericht kann aber nicht die alleinige Schlichtungsinstanz bleiben, wie sich aus dem § 92, 4 des AGG. ergibt, daß die prozeßhindernde Einrede entfällt, nach dem eben zitierten Paragraphen, „Wenn das Schiedsgericht den Streitparteien anzeigt, daß eine Abgabe eines Schiedsspruches wegen Stimmgleichheit nicht möglich ist“. Da aber die Schiedsgerichte paritätisch zusammengesetzt sind (§ 93, 1 AGG.), so werden sich die Stimmen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, wie es sich ganz natürlich aus der verschiedenen Auffassung über die Wirtschaft ergibt, stets gegenüberstehen, und eine Mehrheit für einen Beschluß des Schiedsgerichtes wird sehr selten zustandekommen. Mit Eintritt dieser Lage, die nicht vereinzelt eintreten wird, ist die Möglichkeit gegeben, die Streitigkeit vor das ordentliche Arbeitsgericht zu bringen, und die Kosten für das Schiedsgericht sind nutzlos veran.

Die Beweisaufnahme steht im schiedsgerichtlichen Verfahren auf schwachen Füßen, es kann den Sachverhalt nur insoweit klären, als ihm die Beweismittel zur Verfügung gestellt werden. Ein Zwang zum Erscheinen der Zeugen und ein eidesliches Vernehmen, ebenso wie der Parteieid, das letzte Mittel oft zur Klärung des Sachverhaltes, ist dem Schiedsgericht nicht gegeben. Mit dieser starken Einschränkung werden viele Fälle, bei der Erfolglosigkeit im Schiedsgericht vor das Arbeitsgericht kommen. Auf Ersuchen des Schiedsgerichtes kann der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes die eidliche Vernehmung von Zeugen oder den Parteieid vornehmen, die Auslagen sind aber dem Arbeitsgericht zu ersetzen, wie sich aus dem § 96 AGG. ergibt.

Der ergangene Schiedsspruch hat für die Tarifvertragsparteien dieselbe Wirkung, wie ein rechtskräftig ergangenes Urteil des Arbeitsgerichtes, § 98 AGG. Die Zwangsvollstreckung aus dem Schiedsspruch oder dem Vergleich findet erst dann statt, wenn der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes die Zwangsvollstreckung für vollstreckbar erklärt, § 99 AGG. Daß dabei aber immer wieder eine lange Zeit verloren geht, muß bei den Arbeitern, die auf die schnelle Erledigung des Urteils angewiesen sind, Verbitterung und eine starke Erregung auslösen.

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich die Folgerung, die tariflichen Schlichtungsinstanzen überhaupt abzulehnen, und die Klärung der Streitfälle den ordentlichen Arbeitsgerichten zu überlassen oder die Einrichtung einer Schiedsgutachtenstelle durch die tariflichen Vereinbarungen. Durch diese Schiedsgutachtenstelle werden die Streitigkeiten nur soweit geklärt, als sie für die Urteile der Arbeitsgerichte notwendig sind, sie trifft also keine bindende Entscheidungen, sondern arbeitet dem Arbeitsgerichte nur vor, hat sozusagen die Rolle eines Vermittlers.

Da mit der Inanspruchnahme der tariflich vereinbarten Schiedsgutachtenstelle, die die endgültige Entscheidung den Arbeitsgerichten überläßt doch nicht eine so lange Verzögerung der Urteilsfällung eintritt, könnte man diese Einrichtung als das kleinere Übel in Kauf nehmen, wenn, wie noch zu überlegen sein wird, auf die Arbeit des Schiedsgerichtes ganz verzichtet wird, und man die tariflichen Bestimmungen überhaupt streicht.

Die Abstößung der Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage und die Übertragung an das Arbeitsgericht oder an die Fachkammern, die nach § 17, 3 AGG. gebildet werden können, und deren Beisitzer aus den betreffenden Berufen genommen werden können, wird ohne Zweifel eine Stärkung der gewerkschaftlichen Zusammengehörigkeit bedeuten und Schädigungen und Prestigeverluste des Verbandes in Kollegenkreisen ganz vermeiden.

Hof.

Ein Notschrei aus den Kreisen unserer Invaliden und Hinterbliebenen.

Wer schon einmal Gelegenheit hatte, bei den Angehörigen eines unserer verstorbenen Kollegen zu weilen und es mit anhören mußte, wie die Witwe neben dem persönlichen Schmerz um den Verlust ihres Gatten, händeringend und verzweifelt um die kalte trostlose Zukunft bangt und jammert, dem muß es so recht zum Bewußtsein gekommen sein, daß wir — trotz unserer vorbildlichen gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtung, noch eine recht große Lücke in unserm Unterstützungswesen haben. Wir haben nur für uns und unsere Lebenszeit gesorgt, dagegen an unsere hinterbliebenen Frauen und Kinder fast gar nicht oder doch nur sehr wenig gedacht. Denn die Witwenunterstützung, die unser Verband für die Hinterbliebenen erst nach 650, 1040 bzw. 1560 geklebten Vollbeiträgen zahlt, ist nur ein schwacher Trost und bei solchen Gelegenheiten ein Tropfen auf den heißen Stein, dazu für viele Witwen unserer Mitkollegen, die nicht das Glück hatten ein hohes Alter zu erreichen, ein unerreichtes Ziel und eine Täuschung für die Hoffnung, die sie auf den Verband gesetzt hatten. Und soviel ist doch allen bekannt, daß es einer Frau, die viele Jahre nur ihren Haushalt versorgt hat, sehr schwer fällt, sofort in die Fabrik zu gehen oder sonstige gewerbliche Arbeit zu verrichten — vorausgesetzt, daß sie überhaupt Arbeit findet. Bei dem heutigen Arbeitsmarkt — die große Arbeitslosigkeit wird keine Ausnahmeerscheinung sein — wird es ganz ausgeschlossen sein, daß eine Frau, die lange Zeit außerhalb einer gewerblichen Beschäftigung war, sobald eine Verdienstmöglichkeit findet. Und hat solche Frau noch schulpflichtige Kinder zu versorgen, so kann sich wohl jeder die Not ausmalen, mit der eine solche Witwe zu kämpfen hat.

Wie ist dem nun abzuhelfen? so wird sich jeder Kollege, der ein bißchen Weitblick und Verantwortungsgefühl hat, fragen. Wir blicken oft neidisch auf die Staats- oder Kommunalbeamten, deren Witwen und Waisen von solchen Qualen und Verzweiflungssorgen verschont sind. Wenn auch da der Staat bzw. die Kommune mit dazu beiträgt, so steuern auch diese Beamten mit festen und ganz ansehnlichen Beiträgen zu ihren Pensions- bzw. Hinterbliebenenkassen selbst mit zu. — Auch wir könnten uns solche Einrichtungen schaffen bzw. die schon bestehenden dazu ausbauen. Wir könnten unsere Invalidenkasse, die schon sehr segensreich für unsere invalid gewordenen Kollegen wirkt, weiter ausbauen, indem die Unterstützungssätze mindestens um 50 Proz. erhöht werden. Weiter müßte die Witwenunterstützung so umgestaltet werden, daß eine Witwe schon bei 5jähriger Beitragszahlung ihres Mannes mindestens eine halbjährige wöchentliche Unterstützung erhält. Die Unterstützungsdauer könnte dann je nach der längeren Verbandszugehörigkeit des Mitgliedes, auf ein bis etwa fünf Jahre verlängert werden. Natürlich müßte die Unterstützung auch so sein, daß sich die Witwe mit ihren Kindern für diese Zeit über Wasser halten kann und etwa die Höhe der Invalidenunterstützung erreichen. Wir würden aber somit so manche Träne trocken und gar manche Verzweiflungstat verhindern. Die Witwe wäre für die erste Zeit ihres schweren Verlustes getröstet und brauchte sich nicht gleich jedem Ausbeuter für lumpige Bettelpfennige anzubieten. Solche unserer Witwen wüßten dann genau — wenn sie auch nicht wie die Beamtenswitwen fürs ganze Leben versorgt sind — wie lange und bis wann sie vom Verband ihres Mannes versorgt wären. Sie könnten sich dann in aller Ruhe, ohne durch Not und Hunger gezwungen zu sein, sich nach einem neuen Erwerb umsehen, sie könnten innerhalb dieser Versorgungszeit evtl. einen Beruf erlernen und sich somit vorbereiten auf den harten Kampf ums Dasein.

Natürlich müßte für eine solche Kasse extra gesteuert werden. Wir müßten unsern Verbandsbeitrag so erhöhen, daß wir diese so segensreiche und unbedingt notwendige Unterstützungseinrichtung schaffen können ohne unsere Gewerkschaftskasse zu schwächen. Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse handeln, wenn sie sich mit diesem Gedanken mal ernstlich befassen und evtl. auch in den Mitgliederversammlungen darüber diskutieren. Es mag ja für manchen recht schwer sein, noch höheren Verbandsbeitrag zu zahlen, wenn aber jeder bedenkt, welche Not und Sorge er damit seinen Angehörigen im Falle seines Absterbens erspart, oder, falls er nicht verheiratet ist und keine Frau und Kinder hinterläßt, auch er durch Unglücksfall, Krankheit oder Alter invalid werden kann, so wird auch dieses Opfer gebracht werden. *Laßt eure Frauen einmal darüber entscheiden*; sie werden bestimmt auf manches andere gern verzichten und dem erhöhten Verbandsbeitrag zustimmen, wenn sie hören, welche segensreichen Einrichtungen damit bezweckt werden sollen, von denen sie ganz bestimmt — früher oder später — genießen werden.

Kollegen, vertröstet euch nicht auf die staatlichen Unterstützungseinrichtungen, die da beste-

hen oder die wir erhoffen. Wie bei der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung müssen wir dem Staat vorausgehen und müssen uns und unsern Hinterbliebenen durch Selbsthilfe da geben, was möglich ist und dringend not tut. Es klingt ja ganz schön, reine „Kampforganisationen“ zu fordern und über „Unterstützungsvereine“ zu spötneln, aber davon werden unsere invaliden Kollegen und Hinterbliebenen nicht satt, wir müssen beides vereinigen. Es hat ja auch noch keinen gegeben, der solche Unterstützungen zurückgewiesen hat, wenn er sie beanspruchen konnte.

Auch der evtl. Hinweis auf die „Volksfürsorge“ sollte uns nicht davon abhalten, denn so gut auch diese Versicherungseinrichtung ist, so kann sie doch als staatlich konzessionierte Versicherung niemals das leisten, was wir mit unserer Unterstützungseinrichtung auf „Gegenseitigkeitsverhältnis“ bei bedeutend niedrigeren Beiträgen bieten könnten. Wer heute noch nicht die Notwendigkeit solcher Einrichtungen einsehen kann, wird es sicher begreifen, wenn er selbst einmal in die Lage kommt, sie zu benutzen oder wenn er sich einmal in die Lage und Gedanken der Hinterbliebenen versetzt fühlt, die heute der Verzweiflung ausgesetzt sind, deren Tränen und Not aber schon heute nicht nötig wären, wenn wir schon früher darum gesorgt hätten.

Darum Kollegen, verschiebt den Anfang nicht noch weiter hinaus, besprecht euch ernstlich darüber und sorgt für eine baldige Verwirklichung dieser dringend notwendigen und segensreichen Unterstützungseinrichtung! Gedenkt eurer Familie — an euch selbst — für spätere aber sicher eintretende Zeiten.

Einer für alle! — Alle für einen!
Pausch (Brschw.).

Ortsbericht.

Lüneburg, Formstecher. Unsere am 15. April abgehaltene, sehr gut besuchte Versammlung beschäftigte sich vor allen Dingen mit den Lehrungsverhältnissen am Ort. Sämtliche Kollegen waren einig, daß die Lehrlingszucht auf die Dauer nicht so weiter gehen kann. Man beachte nur, daß hier ein Geschäft mehr Lehrlinge hat als Gehilfen. Es scheint, daß die Unternehmer beim Lehrlingswesen ihr ganzes Augenmerk auf die Masse legen. Ob die Lehrlinge etwas lernen oder nicht, ist ihnen gleichgültig. Hat der Lehrling 4 Jahre dem Unternehmer Hilfsarbeiterdienste geleistet, dann kann er im Berufe nichts leisten und die Unternehmer wollen natürlich den Tariflohn nicht zahlen. Den Neuausgelernten bleibt dann nichts anderes übrig, als Lohnrücker zu sein oder den Beruf an den Nagel zu hängen. Um endlich diese Mißstände zu beseitigen, soll gemeinsam mit dem Gauvorstand dagegen angegangen werden. Ähnlich ist es mit der Heimarbeit. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es noch „Geistesgrößen“ unter den Kollegen gibt, die glauben, durch Heimarbeit ihre wirtschaftliche Lage bessern zu können. Daß sie durch ihr verwerfliches Tun nicht nur sich selbst schädigen, sondern das ganze Gewerbe untergraben, ist leicht einzusehen. Aber diesen angeblich intelligenten Herren beizukommen, hält sehr schwer, wie jeder aufrichtige Kollege selbst schon erfahren haben dürfte.

In der Debatte kamen auch die geforderten Lohnverhandlungen zur Sprache. Die Kollegen vertraten die Ansicht, daß diese Verhandlungen umgehend geführt werden müßten. Die Unternehmer drängen bereits überall, um so schnell wie möglich die Musterkarten fertigzustellen, um dann den Lohnverhandlungen aus dem Wege gehen zu können. Unser Gewerbe wird offensichtlich wieder zum Saisongewerbe, darum müssen die Kollegen auch Saisonarbeiterlohn beziehen. Bei den letzten Tarifverhandlungen ist eine Lohnaufbesserung auch in Aussicht gestellt worden; darum Kollegen, auf zur Tat, eine es zu spät ist. Einigkeit macht stark!

Weiter wurde noch beschlossen, Gaulleiter, Kollege Ulrich zu ersuchen, in einer der nächsten Versammlungen ein Referat über Verbandsangelegenheiten und über die wirtschaftliche Lage im Formenstich zu halten. — Darauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Mit der Diktatur ist es wie mit dem Kriege, und das mögen diejenigen in Deutschland beachten, die jetzt unter dem Einflusse der russischen Mode mit dem Gedanken der Diktatur spielen, ohne ihn zu Ende zu denken. Wie den Krieg kann man auch die Diktatur leicht beginnen, wenn man über die Macht des Staates verfügt, man kann aber, sobald man einmal begonnen hat, diese ebensowenig wie jenen nach Belieben abbrechen. Man wird vor die Alternative gestellt, zu siegen oder in einer Katastrophe zu enden.

Karl Kautsky (Terrorismus u. Kommunismus).

Wollen wir uns nicht freuen des weiten Feldes, das sich vor uns auftut! Wollen wir uns nicht freuen, daß wir Kraft in uns fühlen und daß unsere Aufgabe unendlich ist!
Fichte,

Feuilleton.

Es lebe der Mai!

Die Augen zum Licht in hoffender Lust;
Und ein jubelndes Lied zum Himmelszelt
Öffnet die Herzen in sehender Brust.
Der erste Maitag kam in die Welt!

Sein erster Gruß ist der Morgenschein,
Das göttliche Rot, das die Sonne verspricht.
Ja, Herr der Güte! Du riefst es hinein
In das Chaos der Zeit: „Es werde Licht!“

Es werde Licht! Ein Freudenschrei
Antwortet dankend durch alle Welt.
Der Winter ist tot! Es lebe der Mai!
Der blühende, lachende, sonnige Held!

Die Liebe jauchzt aus jedem Atom
Der Schöpfung in göttlichem Schaffensdrang;
Der Himmel wölbt sich zum Hoheitsdom,
Und das All tönt neuen Minnesang!

So feiert die Freiheit ihren Mai,
Den Lenz der himmlischen Sympathie!
Der blutige Haß der Barbarei
Versinke zur Hölle! Und kehre nie!

Wir wollen leben! Der Menschheit Heil
Heißt: „Lieb und Frieden!“ — So endet die Not.
Dies Evangelium ward uns zuteil
Aus des Welt-Mai's glühendem Morgenrot!

Und ob die Tyrannen auch unserer Lust
Verderben noch dräuen winterlich wild,
Ein Lächeln den Zwergen! Doch uns an die Brust
Eine rote Blume, der Liebe Bild! *Karl Weiser.*

Mißbratenes Deutsch.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

„Seitens“. Dieses Wort ist sehr bezeichnend für die Denk- und Sprechweise vieler Menchen: Seitens der Behörde, seitens der Wettbewerber, seitens des Ministers, seitens der Großgewerbler, der Händler und Verbraucher wurde gesagt, hervorgehoben, eingewendet. Die tätige Form wird so mit Gewalt in die leidende umgewandelt. Denk- und sprachrichtig ist nur: die Behörden sagten, hoben hervor, wendeten ein. Sie taten etwas, nämlich die Behörden, Großgewerbler, Händler, Verbraucher. Wer etwas tut, ist tätig und dieses „Tätigsein“ sollte nur in der tätigen Form ausgedrückt werden.

Solche verkehrte Sprech- und Schreibweisen mögen so entstanden sein, daß sich während des Denkens ein Zwiespalt regte: Sag's nicht gerade heraus, sag's auf Umwegen: der Angeredete könnte sich geehrt oder beleidigt fühlen. Gehe drum herum, hänge der Sache ein Mäntelchen um, tue ein bißchen überlegen, gebe dir den Anschein einer besonderen Sprechweise, damit der andere sich an „seitens“ anklammert, dich schätzt, dich zurückhaltender anfaßt.

Manche ahmen „seitens“ nach, weil es ihnen vielleicht gelehrt erscheint, weil es jemand gesagt oder geschrieben hat, von dem sie etwas halten. Vielleicht aber ahmen sie es nach, weil ihre Natur „seitens“ ist. Es liegt ihnen, wie man so sagt, dieses „Seitens“. Sie gehören vielleicht zu denen, die in leidender Form arbeiten oder leben: Sie tun nicht, sondern sie werden getan, sie schieben nicht, sondern sie werden geschoben. Wie angenehm ist für einen solchen Zustand die Umschreibung „seitens“, die den Unterschied zwischen dem Tun und dem Getanwerden nicht so deutlich zeigt.

Wer „seitens“ sagt oder schreibt, drückt sich schwülstig oder gespreizt aus. Seitens, von Seiten, auf Seiten ist — sprachlich gedacht — eine

Wucherung. Durchweg sind diese Wörter oder Wendungen entbehrlich. Sie sind entbehrlich, wie: namens, mangels, zwecks sind. Seitens der Regierung ist die Regierung; seitens der Gegner sind die Gegner. Der Vortrag seitens des Vorstandes ist der Vortrag des Vorstandes. Immer ist „seitens“ papierenes Deutsch. Seitens hemmt den Gedankengang, es erweckt falsche Vorstellungen und verlängert die Sprache. Ganz besonders aber: Es verdrängt das Geschehen, macht aus einem Tun ein Erleiden. Das ist sehr gefährlich: bei vielen Menschen zittert das Weh des Krieges noch nach, das Leid aus diesen schweren Tagen ist noch nicht überwunden. Das Geschehenlassen, das Dulden, Erleiden war in jenen Tagen oft tugendhaft; jetzt wollen wir das Tun und das Gestalten zur Tugend machen. Denn vom Erleiden verarmen einzelne und ganze Völker. „Seitens“, das Kennzeichen des Passivums, muß aus der deutschen Sprache verschwinden. Zum Aktivum (=Tun) müssen wir uns aufrufen. Zum freien, großen, erhabenen Aktivum müssen wir uns erheben, zum Haben uns emporschwingen. Was ich bezwecke ist: einen heiligen Zorn gegen das schädliche „Seitens“ zu entfachen, unsere Volksangehörigen von dem beschämenden Getanwerden, Erleiden, Verdrehtwerden zum aufrechten, ergiebigen und fördernden Handeln hinzulenken.

Rotten wir auch: Mit Rücksicht auf, hinsichtlich, in bezug auf und: was anbetrifft, betreffs, zwecks, mittels, vermittelst aus! Alle die Präpositionalurrogate (=Ersatz für Vorwörter) sind Mißbildungen. Wir fahren nicht vermittelst eines Wagens, sondern mit einem Wagen. Betreffs dieser Neuerung ist noch manches Wort zu sagen, muß einfacher heißen: Über diese Neuerung... Zwecks Entscheidung heißt richtiger: Zur Entscheidung. Was die Sicherung der Währung betrifft, so führte der Redner aus, daß sie gesichert sei, ist ganz umständlich. Einfacher und klarer ist: Der Redner führte aus, daß die Währung gesichert sei. Mit Rücksicht auf die ungeklärten Verhältnisse verzichte ich auf die Besprechung jener Vorgänge, ist weitschweifig. Kürzer und klarer ist: Der unklaren Verhältnisse wegen verzichte ich. Anstelle von hinsichtlich und in bezug auf kann meist „über“ gesagt werden. Hinsichtlich der Angaben oder in bezug auf die Angaben, ist zu sagen, ist besser durch: Über die Angaben... zu ersetzen.

Neuerdings wird der „Standpunkt“ so sehr betont. Der Punkt hat es überhaupt vielen sehr angetan. Bei vielen geschieht nichts, ohne daß sie ihren Standpunkt dazu haben. Dabei ist der Sachverhalt doch so einfach: Sie meinen, glauben, sind überzeugt. Das ist ihnen aber viel zu einfach, ihr Standpunkt gilt ihnen als etwas viel Beachtenswerteres. Und dann der 2., 3., 4. Punkt der Tagesordnung oder der Angelegenheit. Wozu einmal den Punkt zu setzen und hinterher das Wort dafür. Mit 1., 2., 3., 4. (erstens, zweitens...) ginge es ganz gut. Wichtigere aber ist doch, wenn jemand noch einen Punkt zur Sprache bringt. Es wäre auch zu bieder, wenn jemand noch etwas sagen oder vorbringen, noch eine Angelegenheit besprechen möchte. Das macht offenbar nicht genügend Eindruck und so wird „noch ein Punkt“ zur Sprache gebracht („zur Sprache bringen“ ist ein widerliches Deutsch; wir haben dafür doch das klare Zeitwort „sagen“).

Letzten Endes aber sollen wir bedenken, daß Vorsorge zweckmäßiger als Fürsorge ist. Es ist aber gerade umgekehrt: nicht letzten Endes, sondern zuerst und hauptsächlich ist zu bedenken. Wenn wir uns bemühen, den Sinn des Ausdrucks „letzten Endes“ zu erfassen, so sehen wir, wie sinnlos und abgeschmackt er ist. Wir meinen nämlich gar kein Ende damit, geschweige denn das letzte Ende. Mit „letzten Endes“ möchten wir

etwas hervorheben, einen besonderen Eindruck machen. Viel wirksamer geschieht dies, wenn wir sagen: Besonders aber sollten wir bedenken, oder: wichtiger als die Fürsorge ist die Vorsorge, oder: die Fürsorge ist ein Notbehelf, die Vorsorge aber Vorbeugung.

Einerseits — andererseits ist ebenfalls schwülstiges Deutsch. In einem Witzblatt hieß es einmal von Kriemhilde: Einerseits schwur sie Rache, andererseits gearb sie einen Sohn. Damit sollte das aufgeblaute Deutsch humoristisch gekennzeichnet werden. Einerseits versuchte ich zu zeigen... andererseits trete ich dafür ein... ist nichts anderes als: Ich versuchte zu zeigen und ich trat dafür ein.

Können und wollen wird eben so oft unnützlich angewendet. So z. B.: Ich bin nicht in der Lage, Ihrem Wunsch nachzukommen zu können (Ihrem Wunsch nachzukommen genügt. Besser wäre allerdings: Leider kann ich Ihren Wunsch nicht erfüllen). In dem Satz: Ich bitte Sie, sich noch einige Tage gedulden zu wollen, hat wollen keinen Sinn. Es genügt: ... zu gedulden.

Im Gebrauch der deutschen Sprache hat sich in den letzten Jahren viel gebessert. Als ein günstiges Zeichen sehe ich es an, daß die Verfasser juristischer und händlerischer Werke auf das falsche, schlechte, gespreizte, schwülstige und umständliche Deutsch hinweisen.

Fremdwörter zu vermeiden ist Pflicht jedes Schreibenden. Wer keine fremden Sprachen kann, ist immer in Verlegenheit, wenn ihm Fremdwörter vorgesetzt werden. Aber auch die, die fremde Sprachen verstehen, kennen die oder jene nicht, und so kommt jeder da und dort in Verlegenheit, dies und jenes nicht zu verstehen. Aus diesen Gründen sollten alle darauf halten, daß alles deutsch geschrieben wird. In einer Tageszeitung hieß es neulich: die Engländer nahmen es in diesen Fragen nicht so genau. Wir reinigten die Sprache und die Engländer besorgten ihre Weltgeschäfte unterdessen. Das ist ein ganz schiefer Vergleich. Wer das deutsche Sprachgut hegt und betreut, verrichtet etwa nicht einen Dienst... der Sprache, sondern am Volk. Ein einfacheres, klareres und verständlicheres Deutsch vereinfacht den Verkehr und vermindert unnützen Aufwand. Zank und Streit wird mit einem klareren und verständlicheren Deutsch vorgebeugt. Deshalb und darum: Soll unsere Sprache deutsch sein. *Fbd.*

Adressen-Änderungen.

- Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftsteiler, siehe „Graphische Presse“ Nr. 9. **Braunschweig:** Hermann Hering, Karlstr. 31. **Chemnitz:** Lith. u. Str.: Alfred Schön, Planitzstraße 34, r. **Chemigr.:** Hans Weber, Hainstr. 103, II. **Duisburg:** Lith. u. Str.: Willy Gebauer, Mantelfeldstr. 6. **Chemigr. u. Photogr.-Tiefdr.:** Hans Schlager, Duisburg-Neudorf, Lotharstr. 294 a. **Essen a. d. R.:** Bernhard Schröder, Carmerstr. 49 b. Hollbach. **Freiburg i. Schl.:** Richard Petzold, Kramstapark 2. **Hof-Göhlenau:** Paul Brandwein, Hof-Göhlenau Nr. 110, II, Post Friedland, Bez. Breslau. **Krefeld:** Lith. u. Str.: Paul Bongartz, Blumenstraße 18. **Formst.:** Oswald Schösser, Oraniering 3. **Schwerningen a. N.:** Heinrich Schillinger, Neuer Angel 14. **Tarifamt für das deutsche Formstechergewerbe. Geschäftsführer:** Alex. Czech, Berlin SW 61 Belle - Alliance - Platz 13, 1. Telephone: Amt Hasenheide 5933.

Tüchtiger Chromolithograph

für Farbauszüge in Dauerstellung gesucht. Ausführliches Angebot an **Hugo Bestehorn, Papierverarbeitungswerke, Magdeburg.**

Kartographischer Zeichner

für Schwarz- und Terrainplatten, an sauberes u. flottes Arbeiten gewöhnt, in dauernde Stellung gesucht. **F. A. BROCKHAUS, LEIPZIG.**

Ich suche noch einen tüchtigen

Wendum-Andrucker

für Zink (Phololith) in Dauerstellung. Ausführliches Angebot an **Hugo Bestehorn, Papierverarbeitungswerke, Magdeburg.**

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

Zunehmendsten sofortigen Antritt suche ich einen erfahrenen

Offset-Drucker

für Zweifachmaschine.

Hugo Bestehorn, Papierverarbeitungswerke, Magdeburg.

Unsere lieben Kollegen und
Vorsitzenden

RICHARD NIEZEL

anlässlich seines Scheidens von
hier, für seine vorbildliche und
treue Tätigkeit bei uns herzlichsten
Dank.

Ferner viel Glück im neuen
Wirkungskreise.

ZAHLSTELLE ESSEN.

Fachliteratur!

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inkl. Nachnahme 1.05 RM.

Neuerschienen: Die lithographischen Verfahren und der Offsetdruck von Otto Krüger. Preis inkl. Nachn. 18.50 RM.

Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz-Lelpzig

Chemnitz!

Vorsitzender: **Max Schöbel, Treffurthstr. 251**
Auskunftsteiler für Lithographen und Stein-
drucker: **Alfred Schön, Planitzstr. 34, I.**
Vorsitzender der techn. Kommission: **Walter
Niklas, Reichenhainstr. 18, I.**